Programmatische Entwicklung der KPD 1933 bis 1939

Der von der KPD 1933 organisierte Massenwiderstand gegen den Nationalsozialismus entsprach dem politischen Selbstverständnis ihrer Mitglieder. Viele wünschten auch ein gemeinsames Handeln mit der SPD, doch gab es dafür keine Grundlage. So hatte sich der politische Kampf der KPD vor 1933 nicht nur gegen den aufkommenden Nationalsozialismus gerichtet, sondern auch gegen die Weimarer Republik, die für die KPD den kapitalistischen Staat repräsentierte, und gegen die Sozialdemokratie. Seit 1929 wurde die SPD von der KPD abwertend als „sozialfaschistisch" charakterisiert und viele Flugblätter und Zeitungen der KPD blieben auch 1933/34 von dieser Orientierung beeinflusst. Erst 1935 rückte die Kommunistische Internationale von dieser Position ab und auf der „Brüsseler Konferenz" vom Oktober 1935 beschloss die KPD, Verhandlungen mit der SPD und anderen als mögliche Bündnispartner angesehenen Organisationen zu führen, um eine „Einheitsfront" zu erreichen. Zudem sollte der Widerstand nach den Erfahrungen von Massenverhaftungen nun in kleineren Gruppen, dezentral und in Kontakt mit Abschnittsleitungen im jeweils benachbarten Ausland neu organisiert werden.

Diese Neuorientierung der KPD begünstigte außerhalb Deutschlands die Zusammenarbeit sozialistisch und kommunistisch orientierter Parteien und die Schaffung von „Volksfronten". Innerhalb Deutschlands kam sie allerdings zu spät, um z. B. noch gegen die Kriegsvorbereitungen wirksam werden zu können, denn der kommunistische Widerstand war bereits sehr geschwächt und Tausende Kommunistinnen und Kommunisten waren inhaftiert.

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 und der deutsch-sowjetische Grenz- und Freundschaftspakt vom 28. September 1939 sowie Informationen über Opfer stalinistischer Verfolgungen in der Sowjetunion führten zu heftigen Diskussionen unter den in Deutschland und in der Emigration lebenden Kommunistinnen und Kommunisten. Insbesondere die Verträge der Sowjetunion mit Nazideutschland wirkten demoralisierend und entmutigend und bis zum Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 kam der kommunistische Widerstand weitgehend zum Erliegen.

16. Jahrg. — Nr. 37 — Preis 15 Pfennig

Berlin, Sonntag/Montag, 26. u. 27. Februar 1933

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Erscheint täglich außer Montags

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Es lebe der Kommunismus

Das Hakenkreuz regiert in Deutschland — nie war die Freiheit der Kapitalisten so groß, nie wurden die Börsenschieber so wenig angetastet wie heute.
Das Hakenkreuz regiert in Deutschland — und Proletarierhäuser gehen in Flammen auf, während die Reichen ungestört in ihren Palästen wohnen.
Das Hakenkreuz regiert in Deutschland — Papen und Hugenberg und die Millionäre jubeln!
Das Hakenkreuz regiert in Deutschland — [illegible] Liebknecht-Haus ist besetzt [illegible] geschlossen.

Das Hakenkreuz regiert — Die Teuerung regiert! Die Not regiert! Der Hunger regiert! Der Lohnabbau regiert!

Das Hakenkreuz regiert — aber die herrschende Klasse sitzt auf einem Vulkan. Denn wenn auch sämtliche KPD-Zeitungen Preußens verboten sind, die Arbeiter schweigen nicht! Möge die faschistische Reaktion auf den Herrensitzen Ostelbiens, in den Kontoren der Trust-Direktoren, auf den Schlössern der oberen Zehntausenden für Hitler sein — in den Betrieben und Gruben, auf den Werften Hamburgs ebenso wie in den Chemiehöllen von Ludwigshafen, in den Katen der ostpreußischen Landarbeiter und vor der glühenden Esse der Hüttenöfen im Westen und vor den Stempelstellen — dort sind und bleiben die Todfeinde Hitlers, Papens und Hugenbergs!
Die Herren da oben verkünden als ihr Ziel die Ausrottung des Marxismus. Da müßten sie zuerst die gesamte Arbeiterklasse ausrotten. Denn sie haben es in uns ja nicht mit Verrätern am Marxismus zu tun, wie sie einmal in Deutschland an der „Macht" waren, um in 14jähriger Koalitions- und Tolerierungspolitik den Kapitalismus gegen den Kommunismus zu verteidigen.

Vor euch, ihr faschistischen Herren, steht ein marxistisches Arbeitergeschlecht, das nicht gewohnt ist, die Stirne in den Staub zu senken und den Nacken unter das kapitalistische Joch zu beugen. Bismarck und Wilhelm, Noske und Hanp, Seeckt, Brüning und Severing wollten den Marxismus-Kommunismus zertrümmern und sind daran gescheitert. Auch die Regenten von heute werden sich die Zähne an ihm ausbeißen. Denn in Deutschland wird nicht die Kreuzung von Potsdam, Hakenkreuz und Schwerindustrie siegen. In Deutschland wird die Arbeiterschaft, wird der Kommunismus triumphieren!

Sozialismus oder Kapitalismus? Arbeiter- und Bauernregierung oder Hitler-Papen-Hugenberg-Kabinett? Ihr, Arbeiter Berlins, Werktätige Deutschlands, seid zur Antwort aufgerufen. Tretet an, beweist dem Faschismus, daß die Fahne mit Hammer und Sichel oben bleibt, trotz alledem und alledem!

Mögen es alle hören, die es angeht: Die Partei der Zukunft, des sozialistischen Deutschlands, ist auch mit Blut und Eisen nicht auszurotten.

Die Kommunistische Partei, die einzige, die der Faschismus fürchtet, die einzige Partei, die niemals mit Kapitalisten paktiert hat noch paktieren wird, ruft alle, die zur antifaschistischen Einheitsfront streben, sie ruft in alle Städte, ins ganze Land hinaus:
Um geschichtliche Entscheidungen wird heute in Deutschland gerungen! In diesen Wochen, wo der Faschismus sich anmaßt, die Arbeiterorganisationen zu zerstückeln, die KPD noch vor den Wahlen verbieten zu wollen, darf niemand schwanken, keiner zaudern! Fort mit der Sabotage der SPD-Führer, die euch hinter der Phrase vom „Nichtangriffspakt" zum Abwarten und Stillehalten verleiten wollen! Verwandelt die Betriebe und Stempelstellen in Trutzburgen der wahren proletarischen Einheitsfront! Sichert in allen Arbeitervierteln den Schutz des Arbeiterlebens und -eigentums gegenüber jeder faschistischen Provokation! Eure Zeitungen sind verboten, eure Druckereien geschlossen, eure Flugblätter beschlagnahmt. Aber ihr selbst seid da. Keiner kann euch daran hindern, von Mund zu Mund, von Etage zu Etage, von Betriebsabteilung zu Betriebsabteilung, vor und in der Stempelstelle mit aller Glut eures Herzens, mit der heißen Kraft eurer Ueberzeugung für die Wahl der Liste 3 zu werben, zu werben, zu werben und alarmbereit zu sein!
Kommunisten, Antifaschisten, all ihr Männer, Frauen und Jugendlichen des werktätigen Volkes! Die Sache der Freiheit und des Sozialismus ist in eure starken Hände gegeben. Vorwärts, Proletarier, alle an die Seite der Kommunistischen Partei! Mit ihr vorwärts! Mit ihr zum Sieg!

Wählt KPD Liste 3

1

Heraus zum Kampf gegen den Faschismus!

Für die Verteidigung des Lebens und der Existenz der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen!

Eine ungeheure Welle des faschistischen Terrors rast durch Deutschland. Mit allen Methoden der Unterdrückung und der Unterjochung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Organisationen wurden die März-Wahlen in Deutschland durchgeführt. Der Arbeiterschaft ist die Versammlungs- und Koalitionsfreiheit geraubt. Die Presse der KPD, SPD, der Gewerkschaften, der RGO und der roten Verbände ist verboten. Die Funktionäre der revolutionären Organisationen werden verfolgt und inhaftiert, die Gewerkschaftshäuser von den faschistischen Garden, SA und Polizei besetzt. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter, Angestellten, Männer, Frauen und Jugendliche wird durch neue Angriffe auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen verschlechtert. Die letzten sozialpolitischen Rechte der Arbeiterschaft werden genommen. Die Kapitalisten erhalten Steuererleichterungen, für die Werktätigen gibts neue Massenbelastungen und Preissteigerungen.

In Polen hageln die Schläge der faschistischen Diktatur auf die Arbeiterschaft. Elend und Not steigt. 400 polnische Bergarbeiter sind in einem Bergbau unter Tage buchstäblich am Verhungern.

In Italien breitet sich Not und Elend für die Industrie- und Landarbeiterschaft im steigenden Maße aus. Wirtschaftliche Verelendung und politische Unterdrückung sind die Maßnahmen der faschistischen Diktatur in Deutschland, Polen und Italien.

Während dem die Arbeiterschaft in allen Ländern in einem heldenhaften Kampf gegen die faschistische Diktatur steht, kapitulieren die Führer der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften feige vor dem Faschismus. Feige liefern sie, die in jahrzehntelanger, mühevoller Arbeit aufgebauten Klassenorganisationen der Arbeiterschaft an den Faschismus aus. Sie versuchen, jeden Streikkampf der Arbeiter zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage unmöglich zu machen. Die Sozialdemokratie *zeigt sich damit als die soziale Hauptstütze der faschistischen Regierung.*

Die internationale Arbeiterklasse, die mit steigendem Interesse und aktiver Anteilnahme den Kampf der revolutionären Arbeiterschaft Deutschlands verfolgt, hat gemeinsam mit der *RGO Deutschlands, Polens und den roten Gewerkschaften in Italien zu einem*

internationalen Kongreß

der Arbeiter gegen den Faschismus aufgerufen. In einem gemeinsamen Aufruf wenden sie sich an die Länder, an die Arbeiterschaft der ganzen Welt, um dem gemeinsamen Feind der gesamten Arbeiterklasse, dem Faschismus, den schärfsten Kampf anzusagen.

Die Hauptaufgabe des Kampfkongreß ist gemeinsam Kampfmaßnahmen gegen den Faschismus zu organisieren und einzuleiten. Die Arbeiterschaft an der Wasserkante, die besonders durch ihre geographische Lage enge Verbindung zur internationalen Welt hat, begrüßt diesen gemeinsamen Kampfkongreß.

Bereits ist ein vorbereitendes Komitee zur Organisierung aller vorbereitenden Maßnahmen, der Massendiskussionen in den Betrieben der Entsendung einer starken Delegation, der Sicherung der Finanzierung dieser Delegation und der großzügigen Berichterstattung bei gleichzeitiger Einleitung der Kampfmaßnahmen gegen den Faschismus gebildet.

Das Komitee ruft die gesamten Arbeiter, Angestellten, Männer, Frauen und Jugendlichen auf, in allen Betrieben, in jeder Gewerkschaft, auf der Stempelstelle und im Wohnquartier zu dem Kampfkongreß gegen den Faschismus Stellung zu nehmen, Zustimmungsbeschlüsse für den Kampfkongreß zu fassen, Delegierte zu wählen, mit größter Beschleunigung die Finanzierung der Delegierten, des im Ausland stattfindenden Kongreß zu betreiben.

Pflanzt die Fahne des antifaschistischen Kampfes in jedem Betrieb, in jeder Gewerkschaft, auf jeder Stempelstelle, in jedem Wohnblock auf.
Nieder mit dem Faschismus!
Es lebe der revolutionäre Kampf der Arbeiterschaft!
Es lebe der Kampf für Brot, Arbeit, Freiheit, Sozialismus!

Vorbereitendes Komitee für den Kampfkongreß gegen den Faschismus

Jensen's Bogtrykkeri, Kopenhavn

2

Lesen und weitergeben!

Preis 5 Pfennig

Rote Sturmfahne

von Hamburg und der Wasserkante

Nr. 2 — Ende Februar 1933 — Nr. 2

Generalstreik gegen Nazi-Senat!

Die Staatspartei, die Koalitionsgenossin der S.P.D. doch noch für den Nazi-Senat. — Auslieferung der Polizei an die braunen Arbeitermörder. — Nur im geschlossenen Generalstreik kann die Hamburger Arbeiterschaft den Nazi-Senat verhindern. — Antifaschistischen Alarm in Betrieb, auf der Stempelstelle und in den Arbeitervierteln!

Ungeheures geht vor! Nachdem die Staatspartei, die jahrelang mit der Sozialdemokratie im Hamburger Senat die Durchführung der faschistischen Notverordnungs-Politik gegen das Hamburger Proletariat durchgesetzt hat, bereits vor kurzem mit den Nazis über die Bildung eines Koalitionssenats von der Staatspartei bis zu Hitler verhandelt hatte, was in letzter Minute scheiterte, ist nunmehr dennoch eine Einigung zustande gekommen. **Die Senatsposten, insbesondere der Posten der Polizei, werden den Nazis ausgeliefert. Regierender Bürgermeister wird der zu diesem Zweck aus der Nazipartei ausgetretene Faschist und Oberscharfmacher Krogmann.** Ein Nazi-Senat über Hamburg! Das bedeutet höchsten Alarm für die Hamburger Arbeiterschaft. Das verlangt **die sofortige einheitliche Aktion der Betriebe. Darauf kann es nur eine Antwort geben:**

Generalstreik zur Verhinderung des Nazi-Senats! Bildung einheitlicher Kampfausschüße in den Betrieben!

Sofortige Bildung gemeinsamer Selbstschutzstaffeln aller Arbeiter ohne Unterschied der Partei in den Arbeitervierteln gegen die braune Mordpest! Generalstreik und revolutionärer einheitlicher, wehrhafter Massenkampf gegen den Mordterror der SA. und SS., das ist der einheitliche Wille der gesamten klassenbewußten Arbeiterschaft Hamburgs. **Sozialdemokratische und Gewerkschaftsführer wollen diesen Willen sabotieren.** Die SPD. und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter dürfen das nicht zulassen. **In dieser Stunde höchsten Gefahr muß das rote Hamburg ganz Deutschland ein Beispiel geben, wie das revolutionäre Proletariat gegen die Nazi-Diktatur kämpft. Schon haben die Arbeiter des roten St. Pauli in einer gemeinsamen Versammlung der SPD. und der KPD. die Forderung des Proteststreiks und der einheitlichen Kampfausschüsse und der Selbstschutz-Staffeln erhoben. Wartet nicht länger, handelt, folgt dem Ruf der Kommunistischen Partei, die sofort nach Bekanntwerden der Einigung über die Bildung des Nazi-Senats folgende Erklärung veröffentlicht hat:**

Die Bezirksleitung Wasserkante der KPD. sieht sich veranlaßt, in aller Oeffentlichkeit zur Frage der im Interesse der Freiheit der Arbeiter notwendigen einheitlichen Aktionen der Arbeiterschaft gegen den unmittelbar drohenden Nazi-Senat und gegen die Hitler-Papen-Hugenberg-Diktatur folgendes zu erklären:

Die Tatsache des Verbots fast der gesamten kommunistischen Presse in Deutschland und der gleichzeitigen Unterdrückung von sozialdemokratischen Zeitungen, die völlige Beseitigung der Demonstrationsfreiheit für die Kommunistische Partei, die in einer Reihe von Fällen auch schon Demonstrationen der Eisernen Front trifft, die Presse-Knebelungs-Notverordnungen und der wachsende Terror der SA. und SS., der immer neue Todesopfer der Arbeiterklasse verlangt, haben die Forderung nach einheitlicher antifaschistischer Kampffront der gesamten Arbeiterschaft immer stärker werden lassen.

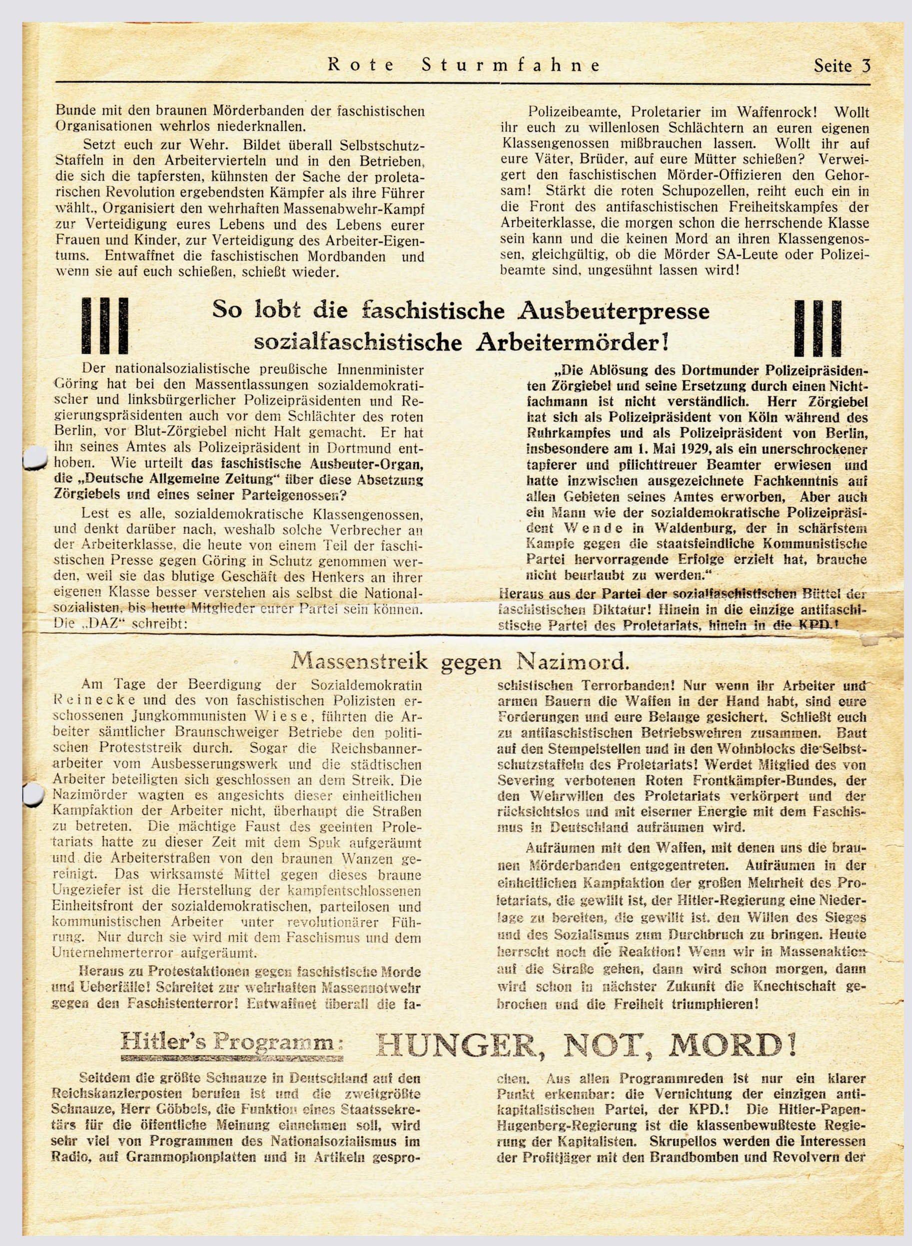
Die unmittelbar drohende Bildung des Nazi-Senats bedeutet auch für die Hamburger Arbeiterschaft ein Alarmsignal und die absolute Notwendigkeit des sofortigen gemeinsamen Kampfes.

Schon haben die Mitglieder der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei in St. Pauli in einer gemeinsamen Versammlung die Forderung nach einem einheitlichen Proteststreik der Hamburger Betriebe und der Bildung gemeinsamer Aktions-Ausschüsse gegen den Faschismus in den Betrieben sowie gemeinsame Selbstschutzstaffeln gegen den faschistischen Terror in den Arbeitervierteln erhoben und von der Leitung der SPD., der KPD. und des ADGB. die sofortige Einigung über diese Forderungen verlangt.

Die Bezirksleitung der Kommunistischen Partei erklärt, daß sie wie überall, wo es sich um gemeinsame Aktionen gegen den Faschismus handelt, wie in Lübeck, Harburg und Elmshorn, selbstverständlich zu einer solchen Aktion ohne weiteres bereit ist.

Am 5. März wählen die Arbeiter in Stadt und Land nur Kommunisten, Liste **3**

3



Rote Sturmfahne — Seite 3

Bunde mit den braunen Mörderbanden der faschistischen Organisationen wehrlos niederknallen.
Setzt euch zur Wehr. Bildet überall Selbstschutz-Staffeln in den Arbeitervierteln und in den Betrieben, die sich die tapfersten, kühnsten der Sache der proletarischen Revolution ergebendsten Kämpfer als ihre Führer wählt., Organisiert den wehrhaften Massenabwehr-Kampf zur Verteidigung eures Lebens und des Lebens eurer Frauen und Kinder, zur Verteidigung des Arbeiter-Eigentums. Entwaffnet die faschistischen Mordbanden und wenn sie auf euch schießen, schießt wieder.

Polizeibeamte, Proletarier im Waffenrock! Wollt ihr euch zu willenlosen Schlächtern an euren eigenen Klassengenossen mißbrauchen lassen. Wollt ihr auf eure Väter, Brüder, auf eure Mütter schießen? Verweigert den faschistischen Mörder-Offizieren den Gehorsam! Stärkt die roten Schupozellen, reiht euch ein in die Front des antifaschistischen Freiheitskampfes der Arbeiterklasse, die morgen schon die herrschende Klasse sein kann und die keinen Mord an ihren Klassengenossen, gleichgültig, ob die Mörder SA-Leute oder Polizeibeamte sind, ungesühnt lassen wird!

So lobt die faschistische Ausbeuterpresse sozialfaschistische Arbeitermörder!

Der nationalsozialistische preußische Innenminister Göring hat bei den Massentlassungen sozialdemokratischer und linksbürgerlicher Polizeipräsidenten und Regierungspräsidenten auch vor dem Schlächter des roten Berlin, vor Blut-Zörgiebel nicht Halt gemacht. Er hat ihn seines Amtes als Polizeipräsident in Dortmund enthoben. Wie urteilt **das faschistische Ausbeuter-Organ, die „Deutsche Allgemeine Zeitung" über diese Absetzung Zörgiebels und eines seiner Parteigenossen?**
Lest es alle, sozialdemokratische Klassengenossen, und denkt darüber nach, weshalb solche Verbrecher an der Arbeiterklasse, die heute von einem Teil der faschistischen Presse gegen Göring in Schutz genommen werden, weil sie das blutige Geschäft des Henkers an ihrer eigenen Klasse besser verstehen als selbst die Nationalsozialisten, bis heute Mitglieder eurer Partei sein können. Die „DAZ" schreibt:

„Die Ablösung des Dortmunder Polizeipräsidenten Zörgiebel und seine Ersetzung durch einen Nichtfachmann ist nicht verständlich. Herr Zörgiebel hat sich als Polizeipräsident von Köln während des Ruhrkampfes und als Polizeipräsident von Berlin, insbesondere am 1. Mai 1929, als ein unerschrockener tapferer und pflichttreuer Beamter erwiesen und hatte inzwischen ausgezeichnete Fachkenntnis auf allen Gebieten seines Amtes erworben. Aber auch ein Mann wie der sozialdemokratische Polizeipräsident Wende in Waldenburg, der in schärfstem Kampfe gegen die staatsfeindliche Kommunistische Partei hervorragende Erfolge erzielt hat, brauche nicht beurlaubt zu werden."
Heraus aus der Partei der sozialfaschistischen Büttel der faschistischen Diktatur! Hinein in die einzige antifaschistische Partei des Proletariats, hinein in die KPD.!

Massenstreik gegen Nazimord.

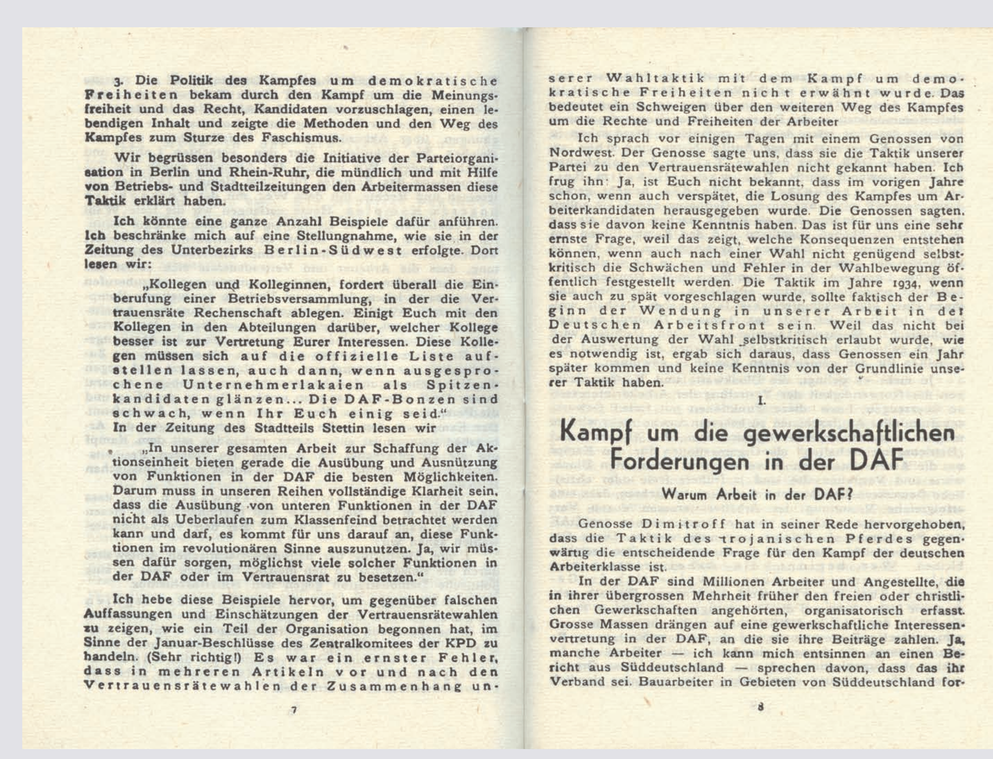
Am Tage der Beerdigung der Sozialdemokratin Reinecke und des von faschistischen Polizisten erschossenen Jungkommunisten Wiese, führten die Arbeiter sämtlicher Braunschweiger Betriebe den politischen Proteststreik durch. Sogar die Reichsbannerarbeiter vom Ausbesserungswerk und die städtischen Arbeiter beteiligten sich geschlossen an dem Streik. Die Nazimörder wagten es angesichts dieser einheitlichen Kampfaktion der Arbeiter nicht, überhaupt die Straßen zu betreten. Die mächtige Faust des geeinten Proletariats hatte zu dieser Zeit mit dem Spuk aufgeräumt und die Arbeiterstraßen von den braunen Wanzen gereinigt. Das wirksamste Mittel gegen dieses braune Ungeziefer ist die Herstellung der kampfentschlossenen Einheitsfront der sozialdemokratischen, parteilosen und kommunistischen Arbeiter unter revolutionärer Führung. Nur durch sie wird mit dem Faschismus und dem Unternehmerterror aufgeräumt.
Heraus zu Protestaktionen gegen faschistische Morde und Ueberfälle! Schreitet zur wehrhaften Massennotwehr gegen den Faschistenterror! Entwaffnet überall die faschistischen Terrorbanden! Nur wenn ihr Arbeiter und armen Bauern die Waffen in der Hand habt, sind eure Forderungen und eure Belange gesichert. Schließt euch zu antifaschistischen Betriebswehren zusammen. Baut auf den Stempelstellen und in den Wohnblocks die Selbstschutzstaffeln des Proletariats! Werdet Mitglied des von Severing verbotenen Roten Frontkämpfer-Bundes, der den Wehrwillen des Proletariats verkörpert und der rücksichtslos und mit eiserner Energie mit dem Faschismus in Deutschland aufräumen wird.
Aufräumen mit den Waffen, mit denen uns die braunen Mörderbanden entgegentreten. Aufräumen in der einheitlichen Kampfaktion der großen Mehrheit des Proletariats, die gewillt ist, der Hitler-Regierung eine Niederlage zu bereiten, die gewillt ist, den Willen des Sieges und des Sozialismus zum Durchbruch zu bringen. Heute herrscht noch die Reaktion! Wenn wir in Massenaktion auf die Straße gehen, dann wird schon morgen, dann wird schon in nächster Zukunft die Knechtschaft gebrochen und die Freiheit triumphieren!

Hitler's Programm: HUNGER, NOT, MORD!

Seitdem die größte Schnauze in Deutschland auf den Reichskanzlerposten berufen ist und die zweitgrößte Schnauze, Herr Göbbels, die Funktion eines Staatssekretärs für die öffentliche Meinung einnehmen soll, wird sehr viel von Programmen des Nationalsozialismus im Radio, auf Grammophonplatten und in Artikeln gesprochen. Aus allen Programmreden ist nur ein klarer Punkt erkennbar: die Vernichtung der einzigen antikapitalistischen Partei, der KPD.! Die Hitler-Papen-Hugenberg-Regierung ist die klassenbewußteste Regierung der Kapitalisten. Skrupellos werden die Interessen der Profitjäger mit den Brandbomben und Revolvern der

4

5



3. Die Politik des Kampfes um demokratische Freiheiten bekam durch den Kampf um die Meinungsfreiheit und das Recht, Kandidaten vorzuschlagen, einen lebendigen Inhalt und zeigte die Methoden und den Weg des Kampfes zum Sturze des Faschismus.

Wir begrüssen besonders die Initiative der Parteiorganisation in Berlin und Rhein-Ruhr, die mündlich und mit Hilfe von Betriebs- und Stadtteilzeitungen den Arbeitermassen diese Taktik erklärt haben.

Ich könnte eine ganze Anzahl Beispiele dafür anführen. Ich beschränke mich auf eine Stellungnahme, wie sie in der Zeitung des Unterbezirks Berlin-Südwest erfolgte. Dort lesen wir:

„Kollegen und Kolleginnen, fordert überall die Einberufung einer Betriebsversammlung, in der die Vertrauensräte Rechenschaft ablegen. Einigt Euch mit den Kollegen in den Abteilungen darüber, welcher Kollege besser ist zur Vertretung Eurer Interessen. Diese Kollegen müssen sich auf die offizielle Liste aufstellen lassen, auch dann, wenn ausgesprochene Unternehmerlakaien als Spitzenkandidaten glänzen... Die DAF-Bonzen sind schwach, wenn Ihr Euch einig seid."

In der Zeitung des Stadtteils Stettin lesen wir

„In unserer gesamten Arbeit zur Schaffung der Aktionseinheit bieten gerade die Ausübung und Ausnützung von Funktionen in der DAF die besten Möglichkeiten. Darum muss in unseren Reihen vollständige Klarheit sein, dass die Ausübung von unteren Funktionen in der DAF nicht als Ueberlaufen zum Klassenfeind betrachtet werden kann und darf, es kommt für uns darauf an, diese Funktionen im revolutionären Sinne auszunutzen. Ja, wir müssen dafür sorgen, möglichst viele solcher Funktionen in der DAF oder im Vertrauensrat zu besetzen."

Ich hebe diese Beispiele hervor, um gegenüber falschen Auffassungen und Einschätzungen der Vertrauensrätewahlen zu zeigen, wie ein Teil der Organisation begonnen hat, im Sinne der Januar-Beschlüsse des Zentralkomitees der KPD zu handeln. (Sehr richtig!) Es war ein ernster Fehler, dass in mehreren Artikeln vor und nach den Vertrauensrätewahlen der Zusammenhang unserer Wahltaktik mit dem Kampf um demokratische Freiheiten nicht erwähnt wurde. Das bedeutet ein Schweigen über den weiteren Weg des Kampfes um die Rechte und Freiheiten der Arbeiter.

Ich sprach vor einigen Tagen mit einem Genossen von Nordwest. Der Genosse sagte uns, dass sie die Taktik unserer Partei zu den Vertrauensrätewahlen nicht gekannt haben. Ich frug ihn: Ja, ist Euch nicht bekannt, dass im vorigen Jahre schon, wenn auch verspätet, die Losung des Kampfes um Arbeiterkandidaten herausgegeben wurde. Die Genossen sagten, dass sie davon keine Kenntnis haben. Das ist für uns eine sehr ernste Frage, weil das zeigt, welche Konsequenzen entstehen können, wenn auch nach einer Wahl nicht genügend selbstkritisch die Schwächen und Fehler in der Wahlbewegung öffentlich festgestellt werden. Die Taktik im Jahre 1934, wenn sie auch zu spät vorgeschlagen wurde, sollte faktisch der Beginn der Wendung in unserer Arbeit in der Deutschen Arbeitsfront sein. Weil das nicht bei der Auswertung der Wahl selbstkritisch erlaubt wurde, wie es notwendig ist, ergab sich daraus, dass Genossen ein Jahr später kommen und keine Kenntnis von der Grundlinie unserer Taktik haben.

I.

Kampf um die gewerkschaftlichen Forderungen in der DAF

Warum Arbeit in der DAF?

Genosse Dimitroff hat in seiner Rede hervorgehoben, dass die Taktik des trojanischen Pferdes gegenwärtig die entscheidende Frage für den Kampf der deutschen Arbeiterklasse ist.

In der DAF sind Millionen Arbeiter und Angestellte, die in ihrer übergrossen Mehrheit früher den freien oder christlichen Gewerkschaften angehörten, organisatorisch erfasst. Grosse Massen drängen auf eine gewerkschaftliche Interessenvertretung in der DAF, an die sie ihre Beiträge zahlen. Ja, manche Arbeiter — ich kann mich entsinnen an einen Bericht aus Süddeutschland — sprechen davon, dass das ihr Verband sei. Bauarbeiter in Gebieten von Süddeutschland for-

7 — 8

6

1: Die letzte legale Ausgabe des Zentralorgans der KPD „Die Rote Fahne" vom 26./27. Februar 1933. (GDW)

2: Mit dem Flugblatt „Heraus zum Kampf gegen den Faschismus!" wurde im Frühjahr 1933 ein „Kampfkongreß gegen den Faschismus" in Kopenhagen vorbereitet. (FZH)

3 + 4: Die Zeitung „Rote Sturmfahne" der KPD Wasserkante rief Ende Februar 1933 zum Generalstreik auf, verzichtete dabei jedoch nicht auf Angriffe gegen die SPD. (FZH)

5 + 6: In Deutschland illegal verbreitete Tarnschrift der KPD, 1935. In der Gewerkschaftspolitik setzte die KPD ab 1935 auf die Taktik des „Trojanischen Pferdes", d. h. auf die Unterwanderung der Deutschen Arbeitsfront und anderer NS-Massenorganisationen. Diese neue gewerkschaftliche Orientierung stieß bei nicht kommunistischen Gewerkschaftern auf Skepsis und Ablehnung. (Gerhard Nitzsche/Margot Pikarski (Hg.): Tarnschriften der KPD aus dem antifaschistischen Widerstandskampf. Originalgetreue Reproduktion von 12 Heften aus den Jahren 1935/1936, München 1986)